

VA Schulte erläutert den Bericht. Da sich im Haushalt 2009 ein nicht eingeplanter Fehlbetrag abzeichnet, wird sich nach § 87 NGO ein Nachtragshaushalt nicht umgehen lassen.

Insgesamt ist nach den Berichten der Budgetverantwortlichen im Verwaltungshaushalt mit einem Fehl von rund 904.600 € zu rechnen, wobei strukturell auf das Jahr 2009 515.500 € entfallen.

Wie zum vorherigen Tagesordnungspunkt ausgeführt, ergibt sich der Fehlbedarf in erster Linie aus der prognostizierten Verringerung des Einkommensteueranteils. Erhebliche weitere Verschlechterungen resultieren aus Mindereinnahmen aus Eintrittsentgelten und betriebsbedingten Mehrausgaben insbesondere beim Freizeitbad. Die Veränderungen der übrigen Budgetbereiche wurden in der Sitzungsvorlage erläutert. Im Bereich Vermögen kann die Verschlechterung des Budgetbereichs 11 durch Verbesserungen insbesondere des Budgetbereichs 22 aufgefangen werden. Insgesamt kann sich nach dieser Prognose der Kreditbedarf von 2.104.900 um 53.700 € auf 2.051.200 € verringern.

Bis zur nächsten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses wird der 2. Nachtrag noch auf mögliche Verbesserungen und Anpassungen untersucht und in der veränderten Form zur weiteren Beratung vorgelegt. Da ein Fehlbedarf weiter zu erwarten ist, wird in dieser Sitzung das notwendige Haushaltssicherungskonzept mit vorgelegt.

Aufgrund der Haushaltsentwicklung regt RM Homfeldt eine Haushaltssperre durch den Bürgermeister an.

RM Eggerichs lobt, dass die Regelungen des § 29 GemHVO nunmehr auch bei der Kooperationsgruppe der bürgerlichen Mehrheit bekannt ist, da RM Homfeldt eine Bitte formuliert hat und diese den Ernst der Lage sehen. Die Entwicklung des Vermögenshaushaltes wurde bereits von VA Schulte im Frühjahr prognostiziert. Bereits ohne große weitere Maßnahmen steigen die Schulden. Seitens RM Just und ihm wurde immer darauf hingewiesen, dass der Verwaltungshaushalt eng kalkuliert ist. Der Bürgermeister hat bereits in der Sitzung am 27.05.2009 darauf hingewiesen, dass er eine Haushaltssperre aussprechen kann. Er hat lediglich die Pflicht, den Rat hierüber zu informieren. Als Bürgermeister ist er auch hierzu verpflichtet, wenn sich die Notwendigkeit dazu ergibt. Er verwehrt sich daher gegen die Berichterstattung in der Presse, wonach die Zuständigkeit des VA für Ausgaben bestehen würde. Derartige Aussagen beschädigen das Amt des Bürgermeisters. Die SPD-Fraktion hält die Maßnahme der Haushaltssperre für sinnvoll.

RM Homfeldt bittet um Nachsicht wegen der nicht ganz korrekten Formulierung der entsprechenden Rechtsgrundlage. Seinerseits verbittet er sich den ihm vorgeworfenen Aktionismus, da bei der Verabschiedung des Haushaltes im Frühjahr 2009 die Entwicklung der Einnahmen in dieser Schärfe nicht absehbar war. Er verweist darauf, dass die mittelfristige Finanzplanung zu TOP 9 beraten wird. Eine Verschuldung von 16,5 Mio. Euro wird es mit der bürgerlichen Mehrheit nicht geben. Allerdings müssen auch bei Investitionen die positiven Effekte neben dem zu leistenden Schuldendienst betrachtet werden. Entsprechende Vorschläge werden aus der von ihm angeregten Arbeitsgruppe kommen.

RM Just verweist darauf, dass sich die Verschuldung unabhängig von der Wirtschaftskrise in der mittelfristigen Finanzplanung von 9,5 Mio. Euro auf 16 Mio. Euro erhöht. Hierauf habe auch die Kommunalaufsicht bei der Genehmigung des Haushaltes hingewiesen. Er habe den Antrag auf Erlass einer Haushaltssperre nur gestellt, um auch auf das Recht des Bürgermeisters hierzu hinzuweisen.

BM Böhling betont, dass er bereits in der letzten Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses auf die rechtliche Möglichkeit der Haushaltssperre hingewiesen hat und dass er dieses Instrumentarium in Abstimmung mit dem Ausschuss wegen einem guten Miteinander einsetzen will. Aus diesem Grund wurde die heutige Sitzung so frühzeitig nach der Sommerpause terminiert. Das prognostizierte Defizit von 900.000,00 Euro ist zwar eilig, aber nicht so zwingend, dass vor Aussprechen der Haushaltssperre nicht noch die 14 Tage bis zur Sitzung hätten abgewartet werden können. Er wird nach der Sitzung die Sperre entsprechend der gesetzlichen Regelungen in Höhe von 7% aussprechen. Dieses entspricht einem Betrag von rund 150.000,00 Euro. Eine entsprechende Aufstellung wird dem VA in 14 Tagen vorgelegt (Hinweis: Die Sperre wurde verfügt, siehe anliegende Aufstellung) . Die Sperre gilt bis zum Erlass eines Nachtragshaushaltes, da das Budgetrecht des Rates beachtet werden muss. Der Nachtrag soll im Oktober 2009 verabschiedet werden. Bis dahin sollte konstruktiv miteinander beraten und sich nicht

gegenseitig Vorwürfe gemacht werden. Nur mit gemeinsamen Anstrengungen wird eine verantwortungsvolle Finanzplanung möglich. Hierbei muss man sich wie ein privater Haushalt in schwierigen Zeiten verhalten. Zu berücksichtigen, ist dass die Stadt viele Einrichtungen unterhält, die andere Kommunen nicht haben. Unsere schöne Stadt sollte erhalten bleiben und nicht voreilig freiwillige Leistungen abgebaut werden, die dann schwer wieder eingerichtet werden können.

RM Schmitz befürwortet, die Diskussion abzukürzen und beantragt:

1. Die Fachbereiche werden beauftragt, Einsparmöglichkeiten zu eruieren.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis Oktober 2009 zu prüfen, welche städtischen Aufgaben durch Dritte kostengünstiger als in Eigenleistung erbracht werden können.

Nach Mitteilung von VA Schulte zu Ziffer 1 des Antrages, dass diese Verfahrensweise so vorgesehen ist, wird der Antrag zu Ziffer 1 zurückgezogen.